

MVG-EKD

Joussen / Mestwerdt / Nause / Spelge

2020

ISBN 978-3-406-75142-4

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Jousen/Mestwerdt/Nause/Spelge
MVG-EKD

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

MVG-EKD

Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Wahlordnung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jacob Jousen

o. Professor an der Ruhr-Universität Bochum,
Direktor des Instituts für Kirchliches Arbeitsrecht an der Ruhr-Universität Bochum

Wilhelm Mestwerdt

Präsident des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengenrichtshof der EKD, Hannover,
Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Bückeburg

Dr. Helmut Nause

Präsident des Landesarbeitsgerichts Hamburg,
Präsident des Deutschen Arbeitsgerichtsverbands e.V., Hamburg,
Vorsitzender Richter am Kirchengenrichtshof der EKD, Hannover

Karin Spelge

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

2020



Zitiervorschlag:
JMNS/Bearbeiter MVG-EKD § ... Rn. ...
bzw. MVG.WO § ... Rn. ...

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 75142 4

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach

Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann, Bureau Parapluie


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars

Daniel Dreher

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengericht für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover

Carla Evers-Vosgerau

Direktorin des Arbeitsgerichts Flensburg,
Vorsitzende Richterin am Gemeinsamen Kirchengericht für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten der Diakonischen Werke Schleswig-Holstein und Hamburg a.D.

Dr. Esther Graf

Richterin am Arbeitsgericht Kassel,
Vorsitzende Richterin am Kirchengericht für Mitarbeitervertretungssachen der Diakonie Hessen, Kassel

Dr. Jan Oliver Hochtritt

Richter am Arbeitsgericht Stade

Dr. Esko Horn

Präsident des Arbeitsgerichts Hamburg,
Vorsitzender Richter am Gemeinsamen Kirchengericht für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten der Diakonischen Werke Schleswig-Holstein und Hamburg a.D.

Prof. Dr. Jacob Joussen

o. Professor an der Ruhr-Universität Bochum,
Direktor des Instituts für Kirchliches Arbeitsrecht an der Ruhr-Universität Bochum

Wilhelm Mestwerdt

Präsident des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengerichtshof der EKD, Hannover,
Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Bückeburg

Dr. Helmut Nause

Präsident des Landesarbeitsgerichts Hamburg,
Präsident des Deutschen Arbeitsgerichtsverbands, Hamburg,
Vorsitzender Richter am Kirchengerichtshof der EKD, Hannover

Elke Neuendorf

Rechtsanwältin, Geschäftsführerin dia e.V., Hannover,
Richterin am Kirchengerichtshof der EKD, Hannover

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars

Karin Spelge

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

Timm Ole Trapp

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengenricht für mitarbeitervertretungsrechtliche
Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Gemeinsamen Kirchengenricht der Bremischen Evangelischen
Kirche

Birgit Voßkübler

Präsidentin des Hamburgischen Verfassungsgerichts,
Vizepräsidentin des Landesarbeitsgerichts Hamburg,
Vorsitzende Richterin am Gemeinsamen Kirchengenricht für mitarbeitervertretungs-
rechtliche Streitigkeiten der Diakonischen Werke Schleswig-Holstein und Hamburg a.D.

Dr. Donat Wege

Richter am Arbeitsgericht Oldenburg

Ralf Zimmermann

Richter am Bundesarbeitsgericht, Erfurt,
Vorsitzender Richter am Kirchengenricht für mitarbeitervertretungsrechtliche
Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Das Mitarbeitervertretungsrecht stellt das kircheneigene Betriebsverfassungsrecht dar, das sich die Kirchen auf der Grundlage des verfassungsrechtlich gewährten Selbstbestimmungsrechts aus Art. 140 GG, Art. 137 WRV gegeben haben. Kodifiziert ist es auf der Ebene der Evangelischen Kirche in Deutschland im Mitarbeitervertretungsgesetz. Die staatliche Rechtsordnung selbst hat die Kirchen und ihre karitativen Einrichtungen aus dem Geltungsbereich des BetrVG herausgenommen. Dies war verfassungsrechtlich nicht unbestritten, ist aber heute weitgehend als Konsequenz des Selbstbestimmungsrechts anerkannt. Zwar wird bis heute gefordert, das kirchliche Mitarbeitervertretungsrecht als eigenständiges Gebiet aufzugeben und in das allgemeine Betriebsverfassungsrecht zu überführen. Doch hat die auf der Kirchenautonomie beruhende eigene Regelung des Mitarbeitervertretungsrechts unverändert ihre Berechtigung und ist ein Rechtsgebiet, das täglich für alle Beschäftigten in evangelischen Einrichtungen zur Anwendung kommt.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat mit Zustimmung der Kirchenkonferenz aufgrund des Artikels 10 und des Artikels 10a der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland dieses Gesetz beschlossen. Inzwischen ist es zum Gesetzesrecht auch der Landeskirchen sowie der Einrichtungen des Evangelisches Werks für Diakonie und Entwicklung und der gliedkirchlichen Diakonischen Werke geworden. Andere kirchliche und freikirchliche Einrichtungen wenden dieses Gesetz ebenfalls an. Damit ist es „das“ evangelische Betriebsverfassungsrecht.

Das Mitarbeitervertretungsrecht unterscheidet sich zum Teil deutlich von seinen säkularen Parallelnormierungen, sodass man für Fragen und Probleme nicht unbesehen auf die Kommentierungen zum BetrVG oder zu den Personalvertretungsgesetzen zurückgreifen kann. Und es muss sich Tag für Tag in den Einrichtungen vor Ort bewähren. Entstehende Fragen und Streitpunkte bedürfen zugleich immer wieder einer eigenen Klärung, die auch die kirchlichen Besonderheiten in den Blick nehmen. Daher haben sich die vier Herausgeber dieses Werks aus den unterschiedlichen Bereichen der staatlichen und kirchlichen Gerichtsbarkeit sowie der Wissenschaft entschieden, diesen Kommentar zu veröffentlichen und damit der Praxis wie der Wissenschaft eine Handreichung zur Bewältigung konkreter Probleme zur Verfügung zu stellen. Durch das ausgewählte Team sind die Sichtweisen der kirchlichen Gerichtsbarkeit und der Arbeitsgerichtsbarkeit aus allen Instanzen, der anwaltlichen Praxis wie auch der Wissenschaft in diesen Kommentar eingeflossen. Damit erhoffen sich die Herausgeber, der Praxis hilfreich zur Seite stehen zu können.

Vorwort

Für Rückmeldungen, Kritik und Verbesserungsvorschläge aus dem Kreis der Leserinnen und Leser sind wir sehr dankbar. Bitte mailen Sie diese direkt an jacob.joussen@rub.de!

Bochum, Hannover, Hamburg, Erfurt
im Mai 2020

*Prof. Dr. Jacob Joussen
Wilhelm Mestwerdt
Dr. Helmut Nause
Karin Spelge*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Literaturverzeichnis	LI

Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (MVG-EKD)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 1.1.2019 (ABl. EKD S. 2)
Zuletzt geändert durch KG vom 13.11.2019 (ABl. EKD S. 322)

Präambel (<i>Joussen</i>)	1
-----------------------------------	---

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Grundsatz (<i>Dreher</i>)	9
§ 2 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Dreher</i>)	16
§ 3 Dienststellen (<i>Dreher</i>)	24
§ 4 Dienststellenleitungen (<i>Dreher</i>)	32

II. Abschnitt: Bildung und Zusammensetzung der Mitarbeitervertretung

§ 5 Mitarbeitervertretungen (<i>Graf</i>)	36
§ 6 Gesamtmitarbeitervertretungen (<i>Graf</i>)	46
§ 6a Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund (<i>Graf</i>) ...	51
§ 7 Neubildung von Mitarbeitervertretungen (<i>Graf</i>)	56
§ 8 Zusammensetzung (<i>Graf</i>)	69

III. Abschnitt: Wahl der Mitarbeitervertretung

§ 9 Wahlberechtigung (<i>Mestwerdt</i>)	74
§ 10 Wählbarkeit (<i>Mestwerdt</i>)	79
§ 11 Wahlverfahren (<i>Hochtritt</i>)	88
§ 12 Wahlvorschläge (<i>Hochtritt</i>)	92
§ 13 Wahlschutz, Wahlkosten (<i>Hochtritt</i>)	93
§ 14 Anfechtung der Wahl (<i>Trapp</i>)	99

IV. Abschnitt: Amtszeit

§ 15 Amtszeit (<i>Wege</i>)	106
§ 16 Neu- und Nachwahl der Mitarbeitervertretung vor Ablauf der Amtszeit (<i>Wege</i>)	111

Inhaltsübersicht

§ 17	Ausschluss eines Mitgliedes oder Auflösung der Mitarbeitervertretung (<i>Wege</i>)	122
§ 18	Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft, Ersatzmitgliedschaft (<i>Wege</i>)	132

V. Abschnitt: Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitervertretung

§ 19	Ehrenamt, Behinderungs- und Begünstigungsverbot, Arbeitsbefreiung (<i>Voßkühler</i>)	145
§ 20	Freistellung von der Arbeit (<i>Voßkühler</i>)	169
§ 21	Abordnungs- und Versetzungsverbot, Kündigungsschutz (<i>Voßkühler</i>)	175
§ 22	Schweigepflicht und Datenschutz (<i>Voßkühler</i>)	185

VI. Abschnitt: Geschäftsführung

§ 23	Vorsitz (<i>Joussen</i>)	193
§ 23a	Ausschüsse (<i>Joussen</i>)	198
§ 24	Sitzungen (<i>Joussen</i>)	209
§ 25	Teilnahme an der Sitzung der Mitarbeitervertretung (<i>Joussen</i>)	215
§ 26	Beschlussfassung (<i>Joussen</i>)	218
§ 27	Sitzungsniederschrift (<i>Joussen</i>)	225
§ 28	Sprechstunden, Aufsuchen am Arbeitsplatz (<i>Joussen</i>)	229
§ 29	Geschäftsordnung (<i>Joussen</i>)	235
§ 30	Sachbedarf, Kosten der Geschäftsführung (<i>Joussen</i>)	237

VII. Abschnitt: Mitarbeiterversammlung

§ 31	Mitarbeiterversammlung (<i>Horn</i>)	265
§ 32	Aufgaben (<i>Horn</i>)	275

VIII. Abschnitt: Aufgaben und Befugnisse der Mitarbeitervertretung

§ 33	Grundsätze für die Zusammenarbeit (<i>Nause</i>)	278
§ 34	Informationsrechte der Mitarbeitervertretung (<i>Nause</i>)	292
§ 35	Allgemeine Aufgaben der Mitarbeitervertretung (<i>Nause</i>)	315
§ 36	Dienstvereinbarungen (<i>Spelge</i>)	334
§ 36a	Einigungsstellen (<i>Horn</i>)	365
§ 37	Verfahren der Beteiligung der Mitarbeitervertretung (<i>Mestwerdt</i>)	393
§ 38	Mitbestimmung (<i>Mestwerdt</i>)	396
§ 39	Fälle der Mitbestimmung bei allgemeinen personellen Angelegenheiten (<i>Voßkühler</i>)	425
§ 40	Fälle der Mitbestimmung in organisatorischen und sozialen Angelegenheiten (<i>Nause</i>)	434
§ 41	Eingeschränkte Mitbestimmung (<i>Mestwerdt</i>)	479

§ 42	Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der privatrechtlich angestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Trapp</i>)	497
§ 43	Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen (<i>Trapp</i>)	531
§ 44	Ausnahmen von der Beteiligung in Personalangelegenheiten (<i>Trapp</i>)	550
§ 45	Mitberatung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	553
§ 46	Fälle der Mitberatung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	564
§ 47	Initiativrecht der Mitarbeitervertretung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	588
§ 48	Beschwerderecht der Mitarbeitervertretung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	598

IX. Abschnitt: Interessenvertretung besonderer Mitarbeitergruppen

§ 49	Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden (<i>Neuendorf</i>)	604
§ 50	Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Neuendorf</i>)	611
§ 51	Aufgaben der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Neuendorf</i>)	615
§ 52	Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Neuendorf</i>)	625
§ 52a	Gesamtschwerbehindertenvertretung (<i>Neuendorf</i>)	626
§ 53	Mitwirkung in Werkstätten für behinderte Menschen und in Angelegenheiten weiterer Personengruppen (<i>Neuendorf</i>)	628

X. Abschnitt: Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen

§ 54	Bildung von Gesamtausschüssen (<i>Neuendorf</i>)	645
§ 55	Aufgaben des Gesamtausschusses (<i>Neuendorf</i>)	650
§ 55a	Ständige Konferenz, Bundeskonferenz, Gesamtausschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Neuendorf</i>)	654
§ 55b	Aufgaben der Ständigen Konferenz und der Bundeskonferenz (<i>Neuendorf</i>)	656
§ 55c	Geschäftsführung (<i>Neuendorf</i>)	657
§ 55d	Weitere Regelungen (<i>Neuendorf</i>)	659

XI. Abschnitt: Kirchengerechtlicher Rechtsschutz

§ 56	Kirchengerechtlicher Rechtsschutz (<i>Zimmermann</i>)	661
§ 57	Bildung von Kirchengerichten (<i>Zimmermann</i>)	668
§ 57a	Zuständigkeitsbereich des Kirchengerichts der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Zimmermann</i>)	670
§ 58	Bildung und Zusammensetzung der Kammern (<i>Zimmermann</i>)	673
§ 59	Rechtsstellung der Mitglieder des Kirchengerichts (<i>Zimmermann</i>)	677

Inhaltsübersicht

§ 59a	Berufung der Richter und Richterinnen des Kirchengerichtshofes der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Zimmermann</i>)	680
§ 60	Zuständigkeit der Kirchengerichte (<i>Zimmermann</i>)	682
§ 61	Durchführung des kirchengerichtlichen Verfahrens in erster Instanz (<i>Zimmermann</i>)	702
§ 62	Verfahrensordnung (<i>Zimmermann</i>)	716
§ 63	Rechtsmittel (<i>Mestwerdt</i>)	719
§ 63a	Einhaltung auferlegter Verpflichtungen, Ordnungsgeld (<i>Mestwerdt</i>)	730

XII. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 64	Übernahmebestimmungen (<i>Mestwerdt</i>)	733
------	--	-----

Wahlordnung zum Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (Wahlordnung zum MVG)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 15.1.2011
(Abl. EKD S. 2, 33, 304)

geändert durch VO vom 8.12.2017 (Abl. EKD S. 381)

Schematische Übersicht zum zeitlichen Ablauf des Wahlverfahrens (<i>Hochtritt</i>)			735
§ 1	Durchführung der Wahl, Zusammensetzung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)		736
§ 2	Einleitung des Wahlverfahrens, Bildung und Abberufung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)		740
§ 3	Geschäftsführung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)		745
§ 4	Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren (<i>Hochtritt</i>)		748
§ 5	Wahltermin und Wahlausschreiben (<i>Hochtritt</i>)		751
§ 6	Wahlvorschläge (<i>Hochtritt</i>)		755
§ 7	Gesamtvorschlag und Stimmzettel (<i>Hochtritt</i>)		759
§ 8	Durchführung der Wahl (<i>Hochtritt</i>)		760
§ 9	Stimmabgabe durch Briefwahl (<i>Hochtritt</i>)		767
§ 10	Feststellung des Wahlergebnisses (<i>Hochtritt</i>)		770
§ 11	Bekanntgabe des Wahlergebnisses (<i>Hochtritt</i>)		774
§ 12	Vereinfachte Wahl (<i>Hochtritt</i>)		776
§ 13	Wahlunterlagen (<i>Hochtritt</i>)		781
§ 14	Wahl der Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden (<i>Hochtritt</i>)		783
§ 15	Wahl der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Hochtritt</i>)		785
§ 16	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten) (<i>Hochtritt</i>)		787
Stichwortverzeichnis			789

Inhaltsverzeichnis

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Literaturverzeichnis	LI

Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (MVG-EKD)

Präambel	1
I. Entwicklung des MVG-EKD	1
II. Zur Präambel	3
1. Der Verkündigungsauftrag im Dienst der Kirche (Präambel S. 1 MVG-EKD)	4
2. Die Dienstgemeinschaft im kirchlichen Arbeitsrecht (Präambel S. 2, 3 MVG-EKD)	4
3. Der zu enge Begriff in Präambel S. 3 MVG-EKD	6
4. Rechtliche Konsequenzen	6
I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen	
§ 1 Grundsatz	9
I. Pflicht zur Bildung von Mitarbeitervertretungen	9
II. Geltungsbereich	10
1. Dienststellen	10
2. Rechtlich selbstständige Einrichtungen der Diakonie	11
3. Überregional tätige Einrichtungen der Diakonie	11
4. Andere kirchliche Einrichtungen; Freikirchen	11
5. Zuordnungsgesetz der EKD	13
§ 2 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	16
I. Mitarbeiterbegriff	16
1. Arbeitsverhältnis	17
a) Begriff des Arbeitsverhältnisses	17
b) Geringfügig, befristet oder unstetig Beschäftigte	18
c) Praktikanten, Werkstudenten, studentische Hilfskräfte	18
d) Im Ausland tätige Mitarbeiter	18
2. Zu ihrer Ausbildung Beschäftigte	19
3. Beamtenverhältnis	19
II. Pfarramtlicher Dienst; Lehre	19
III. Gestellungsverträge	20
IV. Beschäftigte ohne Mitarbeiterstatus	22

Inhaltsverzeichnis

1. Beschäftigung zur Heilung, Wiedereingewöhnung, zur beruflichen oder sozialen Rehabilitation oder zur Erziehung . . .	22
2. Honorarkräfte; freie Mitarbeiter	23
3. Arbeitnehmer anderer Unternehmen	23
4. Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr; Bundesfreiwilligendienst	24
5. Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II	24
§ 3 Dienststellen	24
I. Begriff der Dienststelle	25
1. Rechtlich selbstständige organisatorische Einheit	25
2. Wahrnehmung eines Auftrags der Kirche	26
II. Selbstständige Dienststellenteile	27
1. Organisatorisch eigenständige Einheiten	27
2. Räumlich weit entfernte Teile	28
3. Zuständigkeit der Dienststellenleitung	28
III. Verfahren	29
1. Beschluss der Wahlberechtigten	29
2. Herstellung des Einvernehmens mit der Dienststellenleitung	29
3. Wirkung des Verselbstständigungsbeschlusses	30
4. Widerruf der Verselbstständigung	30
a) Widerruf durch die Dienststellenleitung	30
b) Widerruf durch die Mitarbeiter	31
c) Wirkung des Widerrufs	31
IV. Bildung von Teildienststellen durch Dienstvereinbarung	31
V. Streitigkeiten	32
§ 4 Dienststellenleitungen	32
I. Begriff der Dienststellenleitung	33
1. Leitende Organe oder Personen	33
2. Mit der Geschäftsführung Beauftragte	33
II. Pflicht zur Benennung gegenüber MAV	35
III. Streitigkeiten	35

II. Abschnitt: Bildung und Zusammensetzung der Mitarbeitervertretung

§ 5 Mitarbeitervertretungen	36
I. Zweck	37
II. Bildung einer Mitarbeitervertretung	37
1. Dienststelle	38
2. Aktiv und passiv wahlberechtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	39
3. Regelzahl der wahlberechtigten Beschäftigten	39
III. Bildung einer Gruppen-Mitarbeitervertretung	41
IV. Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitervertretung	41
1. Einvernehmliche Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitervertretung	41
a) Voraussetzungen der Wahlgemeinschaft	41

aa) Benachbarte Dienststellen	41
bb) Antrag eines der Beteiligten	42
(1) Inhalt, Form und Zeitpunkt des Antrags	42
(2) Antragsberechtigung	42
cc) Einvernehmen der Beteiligten	43
dd) Schriftliche Festlegung	44
ee) Größe der Wahlgemeinschaft	44
b) Dauer der Wahlgemeinschaft	45
c) Zuständigkeit der Gemeinsamen Mitarbeitervertretung	45
d) Kosten der Gemeinsamen Mitarbeitervertretung	45
2. Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitervertretung durch gliedkirchliches Recht	45
V. Streitigkeiten	46
§ 6 Gesamtmitarbeitervertretungen	46
I. Zweck	47
II. Bildung einer Gesamtmitarbeitervertretung	47
1. Dienststelle mit mehreren Mitarbeitervertretungen	47
2. Antrag der Mehrheit der Mitarbeitervertretungen	48
III. Zuständigkeit der Gesamtmitarbeitervertretung	48
IV. Regelungen der Gesamtmitarbeitervertretung	49
V. Zusammensetzung und Amtszeit der Gesamtmitarbeitervertretung	50
VI. Streitigkeiten	51
§ 6a Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	51
I. Zweck	52
II. Bildung einer Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	52
1. Dienststellenverbund	53
2. Antrag der Mehrheit der Mitarbeitervertretungen	53
3. Amtszeit	54
III. Zuständigkeit der Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	54
IV. Regelungen der Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	55
V. Zusammensetzung der Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	55
VI. Streitigkeiten	55
§ 7 Neubildung von Mitarbeitervertretungen	56
I. Zweck	57
II. Bildung einer Mitarbeitervertretung	57
1. Initiativpflicht zur Bildung einer Mitarbeitervertretung	57
a) Erstmalige Initiative	58
b) Wiederholte Initiative	58
2. Initiativrecht zur Bildung einer Mitarbeitervertretung	59
a) Inhalt des Initiativrechts	59
b) Form	60

Inhaltsverzeichnis

c) Frist	60
3. Einberufung und Durchführung der Mitarbeiterversammlung	61
a) Einladung zur Mitarbeiterversammlung	61
aa) Form der Einladung	61
bb) Ladungsfrist	61
b) Ablauf der Mitarbeiterversammlung	62
4. Verstöße gegen § 7 Abs. 1 MVG-EKD	62
a) Untätigkeit von Dienststellenleitung und Gesamtmitarbeitervertretung	62
b) Ladungsmängel	63
aa) Folgen für die Wahl des Wahlvorstandes	63
bb) Folgen für die Wahl der Mitarbeitervertretung	64
III. Übergangsmandat	64
1. Voraussetzungen des Übergangsmandats	64
a) Spaltung	65
b) Zusammenlegung	65
c) Erforderlichkeit der Neubildung einer Mitarbeitervertretung	65
2. Inhalt des Übergangsmandats	66
3. Dauer des Übergangsmandats	67
IV. Restmandat	67
1. Voraussetzungen des Restmandats	67
2. Inhalt des Restmandats	68
3. Dauer des Restmandats	68
V. Streitigkeiten	68
§ 8 Zusammensetzung	69
I. Zweck	69
II. Mitgliederzahl der Mitarbeitervertretung	70
III. Mangel an Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern	70
IV. Veränderungen in der Zahl der Wahlberechtigten	71
V. Gemeinsame Mitarbeitervertretung	72
VI. Streitigkeiten	72
III. Abschnitt: Wahl der Mitarbeitervertretung	
§ 9 Wahlberechtigung	74
I. Allgemeines	74
II. Voraussetzungen der Wahlberechtigung (§ 9 Abs. 1 MVG-EKD)	75
1. Grundsätze	75
2. Leiharbeitnehmer	75
3. Gestellungsverträge allgemein	76
4. Gestellung als Diakonieschwester	76
III. Abordnung (§ 9 Abs. 2 MVG-EKD)	77
IV. Nicht wahlberechtigte Mitarbeiter/innen (§ 9 Abs. 3 S. 1 MVG-EKD)	77
1. Gekündigte Mitarbeiter/innen	77
2. Altersteilzeit	78

3. Beurlaubung	78
4. Beschäftigungsverbote	78
5. Erkrankung	78
6. Kurzarbeit	79
V. Mitglieder der Dienststellenleitung	79
VI. Streitigkeiten	79
§ 10 Wählbarkeit	79
I. Allgemeines	80
II. Voraussetzungen der Wählbarkeit	81
1. Wahlberechtigung	81
2. Wartefrist	81
3. Zugehörigkeit zur Dienststelle	81
a) Altersteilzeit	81
b) Gekündigtes Arbeitsverhältnis	81
4. Mitgliedschaft in einer ACK-Kirche	82
a) Rechtsentwicklung	82
b) ACK-Kirchen	83
c) Kirchen mit Gastmitgliedschaft in der ACK	83
d) Gemeinschaften ohne Berechtigung zum passiven Wahlrecht	84
e) Gliedkirchen mit ACK-Klausel	84
f) Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot	84
g) Vorlage an den EuGH	85
5. Neugründung einer Dienststelle	86
III. Einschränkungen der Wählbarkeit (§ 10 Abs. 2 MVG-EKD)	86
1. Gerichtliche Entscheidung	86
2. Beurlaubung	86
3. Berufsausbildung	87
4. Mitglied in Leitungsorgan	87
5. Verwandtschaft mit Leitungsorgan	87
IV. Streitigkeiten	88
§ 11 Wahlverfahren	88
I. Allgemeine Grundsätze der Wahl	89
1. Gleiche Wahl	89
2. Freie Wahl	89
3. Geheime Wahl	89
4. Unmittelbare Wahl	90
5. Gemeinsame Wahl	90
6. Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl)	90
II. Wahlvorschläge	91
III. Wahlverfahren	91
1. Vereinfachtes Wahlverfahren	91
2. Vereinfachtes Wahlverfahren im Bedarfsfall	92
IV. Rechtsverordnung	92
§ 12 Wahlvorschläge	92
I. Soll-Vorschrift	92

Inhaltsverzeichnis

II. Berufsgruppen und Arbeitsbereiche	93
§ 13 Wahlschutz, Wahlkosten	93
I. Behinderung oder Beeinflussung der Wahl	94
1. Grundsätze	94
2. Aktives und passives Wahlrecht	94
II. Schutz des Wahlvorstandes und der Wahlbewerber vor Versetzung, Zuweisung oder Abordnung	95
III. Kündigungsschutz für Wahlvorstand und Wahlbewerber	95
1. Dauer	95
2. Zustimmung der amtierenden MAV	96
3. Ersatzmitglieder des Wahlvorstandes	97
4. Bewerber zum Wahlvorstand und Wahlhelfer	97
IV. Kosten	97
V. Schulungsanspruch	98
1. Erforderlich	98
2. Dauer	99
§ 14 Anfechtung der Wahl	99
I. Verfahren der Wahlanfechtung	99
1. Form des Antrags	100
2. Anfechtungsfrist	100
3. Inhalt des Anfechtungsschriftsatzes	101
4. Anfechtungsberechtigte	101
5. Antragsgegner	102
II. Anfechtungsgründe	102
1. Verstoß gegen wesentliche Bestimmungen über die Wahlberechtigung, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren ..	103
2. Weitere Beispiele	103
III. Entscheidung über die Anfechtung	104
IV. Nichtigkeit der Wahl	105
V. Kosten	105

IV. Abschnitt: Amtszeit

§ 15 Amtszeit	106
I. Überblick	106
II. (Regelmäßige) Amtszeit und regelmäßige Wahlen der Mitarbeitervertretung (§ 15 Abs. 1 und 2 MVG-EKD)	107
III. Wahlen außerhalb der allgemeinen Wahlzeit (§ 15 Abs. 3 und 4 MVG-EKD)	108
§ 16 Neu- und Nachwahl der Mitarbeitervertretung vor Ablauf der Amtszeit	111
I. Überblick	112
II. Neuwahl im Falle des Rücktritts und der Auflösung der MAV (§ 16 Abs. 1 und 2 MVG-EKD)	113
1. Rücktritt (§ 16 Abs. 1 lit. b MVG-EKD)	113
2. Auflösung (§ 16 Abs. 1 lit. c MVG-EKD)	115

3. Neuwahl (§ 16 Abs. 2 MVG-EKD)	115
4. Fortführung der Amtsgeschäfte (§ 16 Abs. 2 MVG-EKD)	116
a) Gesamtmitarbeitervertretung	116
b) Wahlvorstand	117
c) Keine Zuständigkeit der MAV am Sitz des Rechtsträgers	117
d) Schematische Darstellung	118
e) Vergleich mit dem Betriebsverfassungsrecht, der MAVO und dem BPersVG	118
III. Nachwahl, wenn die Zahl der Mitglieder der MAV erheblich gesunken ist (§ 16 Abs. 3 MVG-EKD)	119
1. Geringe Mitgliederzahl der MAV (§ 16 Abs. 3 S. 1 MVG-EKD)	119
2. Nachwahl (§ 16 Abs. 3 S. 2 MVG-EKD)	120
3. Ausnahme (§ 16 Abs. 3 S. 3 MVG-EKD)	121
§ 17 Ausschluss eines Mitgliedes oder Auflösung der Mitarbeitervertretung	122
I. Überblick	123
II. Antrag	124
1. Antragsberechtigung	124
a) Mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten	124
b) Mitarbeitervertretung	125
c) Dienststellenleitung	125
2. Form des Antrags	125
3. Antragsfrist	126
4. Verbindung mit anderen Anträgen	126
III. Ausschluss eines Mitglieds der MAV und des Wahlvorstands	126
1. Mitglied der MAV	126
2. Grober Missbrauch von Befugnissen	127
3. Grobe Verletzung von Pflichten, die sich aus diesem Kirchengesetz ergeben	127
4. Einzelfälle	129
5. Rechtsfolgen	130
IV. Auflösung der MAV	131
1. Missbrauch von Befugnissen und grobe Verletzungen von Pflichten, die sich aus diesem Kirchengesetz ergeben	131
2. Einzelfälle	131
3. Rechtsfolge	132
§ 18 Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft, Ersatzmitgliedschaft	132
I. Überblick	134
II. Erlöschen der Mitgliedschaft in der MAV (§ 18 Abs. 1 MVG-EKD)	134
1. Ablauf der Amtszeit (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. a MVG-EKD)	134
2. Niederlegung des Amtes (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. b MVG-EKD)	134
3. Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. c MVG-EKD)	136

Inhaltsverzeichnis

4. Ausscheiden aus der Dienststelle (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. d und § 2 MVG-EKD)	136
5. Verlust der Wählbarkeit (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. e MVG-EKD) ...	137
6. Ausschluss aus der MAV und Auflösung der MAV nach § 17 MVG-EKD (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. f MVG-EKD)	139
III. Ruhen der Mitgliedschaft in der MAV (§ 18 Abs. 2 MVG-EKD) ..	140
1. Untersagung der Wahrnehmung der dienstlichen Aufgaben (§ 18 Abs. 2 lit. a MVG-EKD)	140
2. Verhinderung für länger als drei Monate (§ 18 Abs. 2 lit. b MVG-EKD)	140
3. Beurlaubung für länger als drei Monate oder Freistellung (§ 18 Abs. 2 lit. c MVG-EKD)	141
IV. Rechtsfolgen bei Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft (§ 18 Abs. 3 und 5 MVG-EKD)	142
1. Nachrücken von Ersatzmitgliedern (§ 18 Abs. 3 MVG-EKD) ..	142
2. Pflicht zur Aushändigung von Unterlagen (§ 18 Abs. 5 MVG-EKD)	143
V. Nachrücken von Ersatzmitgliedern zur Sicherstellung der Beschlussfähigkeit der MAV (§ 18 Abs. 4 MVG-EKD)	143

V. Abschnitt: Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitervertretung

§ 19 Ehrenamt, Behinderungs- und Begünstigungsverbot, Arbeitsbefreiung	145
I. Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitervertretung	146
1. Ehrenamt	146
2. Verbot der Behinderung	147
3. Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	148
4. Sicherung der beruflichen Entwicklung	150
II. Mitarbeitervertretungstätigkeiten während der persönlichen Arbeitszeit	151
1. Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitsbefreiung nach § 19 Abs. 2 MVG-EKD	152
a) Erforderliche Wahrnehmung von Aufgaben der Mitarbeitervertretung	152
aa) Ab- und Anmeldepflicht	152
bb) Wahrnehmung von Aufgaben der Mitarbeitervertretung	153
cc) Erforderlichkeit der Arbeitsbefreiung	154
b) Wahrnehmung der Tätigkeiten durch freigestellte Mitglieder der Mitarbeitervertretung nicht möglich	155
2. Rechtsfolgen	155
a) Arbeitsbefreiung	155
b) Fortzahlung der Vergütung	156
III. Mitarbeitervertretungstätigkeiten außerhalb der persönlichen Arbeitszeit	157
1. Dienstliche Gründe	158

2. Freizeitausgleich unter Fortzahlung der Vergütung	159
IV. Schulung der Mitglieder der Mitarbeitervertretung	160
1. Tagungen und Lehrgänge iSd § 19 Abs. 3 S. 1 MVG-EKD	160
a) Vermittlung erforderlicher Kenntnisse für die Tätigkeit in der Mitarbeitervertretung	161
b) Beispiele für erforderliche Tagungen und Lehrgänge iSd § 19 Abs. 3 MVG-EKD	163
c) Träger der Schulung	163
2. Auswahl der Teilnehmer, Abschluss einer Dienstvereinbarung	164
3. Freistellungsanspruch	165
a) Verfahren zur Freistellung wegen Schulungsteilnahme	165
b) Umfang der Arbeitsbefreiung des jeweiligen Mitarbeitervertretungsmitglieds	167
4. Anspruch des Mitarbeitervertretungsmitglieds auf Fortzahlung der Vergütung	168
5. Anspruch der Mitarbeitervertretung auf Übernahme der Schulungskosten	168
§ 20 Freistellung von der Arbeit	169
I. Freistellung aufgrund einer Dienstvereinbarung	170
II. Regelfreistellungen nach § 20 Abs. 2 MVG-EKD	171
1. Anspruch auf Regelfreistellungen	171
2. Grundsatz der hälftigen Freistellung	171
a) Ermittlung der Zahl der Freizustellenden nach der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	171
b) Umsetzung des Freistellungsanspruchs nach § 20 Abs. 2 MVG-EKD	172
III. Auswahl der freizustellenden Mitarbeitervertretungsmitglieder	174
IV. Rechtsfolgen der Freistellung	175
§ 21 Abordnungs- und Versetzungsverbot, Kündigungsschutz	175
I. Schutzzweck der Norm und erfasster Personenkreis	176
II. Abordnungs- und Versetzungsverbot	177
1. Abordnung und Versetzung: Begriffe	177
2. Zustimmung des betroffenen Mitarbeitervertretungsmitglieds	178
3. Abordnung oder Versetzung ohne Zustimmung des Mitglieds	178
a) Vorliegen wichtiger dienstlicher Gründe	178
b) Beteiligung der Mitarbeitervertretung	179
III. Sonderkündigungsschutz	180
1. Kündigungsschutz für Mitarbeitervertretungsmitglieder nach § 21 Abs. 2 S. 1 und 2 MVG-EKD	180
2. Nachwirkender Kündigungsschutz für Mitarbeitervertretungs- mitglieder nach § 21 Abs. 2 S. 3 MVG-EKD	181
3. Kündigung eines Mitarbeitervertretungsmitglieds bei (teilweiser) Auflösung der Dienststelle	181
a) Auflösung der Dienststelle oder eines wesentlichen Teils	182

Inhaltsverzeichnis

b) Kündigung eines Mitarbeitervertretungsmitglieds	183
4. Beteiligung der Mitarbeitervertretung bei beabsichtigter Kündigung	184
§ 22 Schweigepflicht und Datenschutz	185
I. Mitarbeitervertretungsrechtliche Schweigepflicht	186
1. Zur Verschwiegenheit verpflichteter Personenkreis	186
2. Gegenstand und Umfang der Schweigepflicht	187
a) Angelegenheiten und Tatsachen, auf die sich Schweigepflicht bezieht	187
b) Ausnahmen bei fehlender Geheimhaltungsbedürftigkeit	188
c) Ausnahmen im mitarbeitervertretungsrechtlichen Verkehr . .	188
d) Ausnahmen gegenüber der betroffenen Mitarbeiterin bzw. dem betroffenen Mitarbeiter	189
e) Aussagen vor Gericht	189
3. Rechtsfolgen bei Schweigepflichtsverletzungen	190
II. Mitarbeitervertretung und Datenschutz	190
1. Die Mitarbeitervertretung als datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle	190
2. Datenschutzrechtliche Pflichten der Mitarbeitervertretung	192

VI. Abschnitt: Geschäftsführung

§ 23 Vorsitz	193
I. Grundlegendes	193
II. Die Wahl des/der Vorsitzenden (§ 23 Abs. 1 S. 1 MVG-EKD)	194
III. Die Rechtsstellung des/der Vorsitzenden (§ 23 Abs. 1 S. 2 MVG-EKD)	196
1. Geschäftsführung	196
2. Vertretung	196
IV. Die Stellvertretung im Vorsitz bei Mehrpersonenmitarbeiter- vertretungen (§ 23 Abs. 1 S. 3 und 4 MVG-EKD)	197
V. Die Stellvertretung im Vorsitz bei Einpersonenmitarbeiter- vertretungen (§ 23 Abs. 2 MVG-EKD)	198
§ 23a Ausschüsse	198
I. Grundlegendes	199
II. Ausschüsse (§ 23a Abs. 1 MVG-EKD)	200
1. Bildung von Ausschüssen (§ 23a Abs. 1 S. 1 Var. 1 MVG-EKD)	200
2. Mögliche Aufgaben	201
3. Insbesondere: Übertragung von Aufgaben zur selbstständigen Erledigung (§ 23a Abs. 1 S. 1 Var. 2, S. 2 MVG-EKD)	202
4. Information der Dienststellenleitung (§ 23a Abs. 1 S. 3 MVG-EKD)	204
III. Ausschuss für Wirtschaftsfragen (§ 23a Abs. 2 MVG-EKD)	204
1. Zielsetzung	204
2. Bildung (§ 23a Abs. 2 S. 1 MVG-EKD)	205

3. Aufgaben und Funktionsweise (§ 23a Abs. 2 S. 2–6 MVG-EKD)	206
4. Sachverständige (§ 23a Abs. 2 S. 7–8 MVG-EKD)	208
§ 24 Sitzungen	209
I. Grundlegendes	209
II. Konstituierende Sitzung (§ 24 Abs. 1 MVG-EKD)	210
III. (Ladung zu den) Weitere(n) Sitzungen (§ 24 Abs. 2 MVG-EKD)	211
IV. Antrag der Einberufung weiterer Sitzungen (§ 24 Abs. 3 MVG-EKD)	212
V. Sitzungszeitpunkt, Öffentlichkeit (§ 24 Abs. 4 MVG-EKD)	213
§ 25 Teilnahme an der Sitzung der Mitarbeitervertretung	215
I. Grundlegendes	215
II. Teilnahmerecht der Dienststellenleitung (§ 25 Abs. 1 MVG-EKD)	215
III. Teilnahmerecht eingeladener sachkundiger Personen (§ 25 Abs. 2 MVG-EKD)	217
IV. Schweigepflicht (§ 25 Abs. 3 iVm § 22 MVG-EKD)	217
§ 26 Beschlussfassung	218
I. Grundlegendes	218
II. Beschlussfähigkeit (§ 26 Abs. 1 MVG-EKD)	219
III. Grundregel zur Mehrheitsfeststellung (§ 26 Abs. 2 S. 1 und 2 MVG-EKD)	221
IV. Umlaufverfahren (§ 26 Abs. 2 S. 3 und 4 MVG-EKD)	222
V. Befangenheit (§ 26 Abs. 3 MVG-EKD)	223
VI. Nichtöffentlichkeit der Beschlussfassung (§ 26 Abs. 4 MVG-EKD)	225
§ 27 Sitzungsniederschrift	225
I. Grundlegendes	226
II. Funktion, Inhalt und Form der Sitzungsniederschrift (§ 27 Abs. 1 MVG-EKD)	226
III. Information des Dienstgebers in bestimmten Fällen (§ 27 Abs. 2 MVG-EKD)	228
§ 28 Sprechstunden, Aufsuchen am Arbeitsplatz	229
I. Grundlegendes	229
II. Sprechstunden (§ 28 Abs. 1 MVG-EKD)	230
III. Aufsuchen am Arbeitsplatz (§ 28 Abs. 2 MVG-EKD)	232
IV. Keine Bezügeminderung (§ 28 Abs. 3 MVG-EKD)	234
§ 29 Geschäftsordnung	235
I. Grundlegendes	235
II. Inhalt, Form	235
III. Erlass und Wirkung	236
§ 30 Sachbedarf, Kosten der Geschäftsführung	237
I. Grundlegendes	238
II. Allgemeines zur Kostentragungspflicht	238

Inhaltsverzeichnis

III. Anspruch auf Sachmittel (§ 30 Abs. 1 MVG-EKD)	239
1. Zur Erfüllung der Aufgaben	239
2. Zur Verfügung stellen	240
3. Räume	240
4. Sachliche Mittel	242
IV. Kostenerstattungsanspruch der Mitarbeitervertretung (§ 30 Abs. 2 MVG-EKD)	252
1. Aufwendungen und Modalitäten der Kostentragung	252
2. Schulungen	255
3. Prozesskosten	257
4. § 30 Abs. 2 S. 2 MVG-EKD für sachkundige Personen, insbesondere Anwalt	258
V. Kostentragung bei Gemeinsamen Mitarbeitervertretungen (§ 30 Abs. 3 MVG-EKD)	261
VI. Kostenerstattung bei Reisekosten (§ 30 Abs. 4 MVG-EKD)	262
VII. Umlageverbot (§ 30 Abs. 5 MVG-EKD)	264

VII. Abschnitt: Mitarbeiterversammlung

§ 31 Mitarbeiterversammlung	265
I. Allgemeines/Bedeutung der Mitarbeiterversammlung	266
1. Zweck	266
2. Inhalte	267
3. Abgrenzung zu anderen Zusammenkünften	267
II. Arten der Mitarbeiterversammlung	267
1. Ordentliche Versammlung	267
2. Außerordentliche Versammlung	268
3. Teilversammlungen	268
III. Zusammensetzung der Mitarbeiterversammlung	269
1. Teilnahmeberechtigte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	269
2. Teilnahme der Dienststellenleitung	269
3. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit	270
a) Teilnahmeberechtigung	270
b) Geheimhaltung der Inhalte	270
aa) Grundsatz	270
bb) Ausnahme	271
c) Aufnahme durch Ton-/Bildträger	271
IV. Einberufung der Mitarbeiterversammlung	271
1. Zuständigkeit/Inhalt/Form der Einladung	271
2. Zeit/Ort	272
V. Leitung der Mitarbeiterversammlung	272
VI. Inhalt der Mitarbeiterversammlung	272
1. Tätigkeitsbericht	272
2. Information der Dienststellenleitung	273
VII. Beschlüsse der Mitarbeiterversammlung	273
VIII. Sachkundige Personen	273
IX. Mitgliederversammlung und Arbeitszeit	274
X. Kosten der Mitgliederversammlung	274

§ 32 Aufgaben	275
I. Allgemeines/Bedeutung	275
1. Entgegennahme des Tätigkeitsberichts	275
2. Erörterung der Angelegenheiten der Mitarbeitervertretung	276
3. Antragstellung gegenüber der Mitarbeitervertretung	276
a) Beschlussfassung	276
b) Bindungswirkung	277
4. Stellungnahme gegenüber Beschlüssen der Mitarbeitervertretung	277
II. Wahl des Wahlvorstandes	277
 VIII. Abschnitt: Aufgaben und Befugnisse der Mitarbeitervertretung	
§ 33 Grundsätze für die Zusammenarbeit	278
I. Zweck der Regelung	279
II. Die Regelungen im Einzelnen	280
1. Zielrichtung	280
a) Vertrauensvolle Zusammenarbeit	280
b) Gleichwertigkeit beider Seiten	280
c) Informationspflicht	281
d) Gemeinsamer Schutzauftrag	281
e) Fazit	285
2. Besprechungen	285
a) Häufigkeit	285
b) Gleichstellung und Gemeinschaft	287
3. Umgang mit Auseinandersetzungen	288
§ 34 Informationsrechte der Mitarbeitervertretung	292
I. Zweck der Vorschrift	294
II. Die Regelungen im Einzelnen	295
1. Unterrichtungspflicht	295
a) Adressat der Pflicht	295
b) Zur Durchführung der Aufgaben	295
c) Rechtzeitig	297
d) Umfassend	297
e) Vorbereitung von Entscheidungen	298
2. Beteiligung an Ausschüssen und Kommissionen	299
3. Personalplanung	300
4. Wirtschaftliche Angelegenheiten	303
a) Grundsätze	303
b) Wirtschaftliche Lage	304
c) Geplante Investitionen	305
d) Rationalisierung	306
e) Einschränkung oder Stilllegung	306
f) Wesentliche Änderungen der Organisation oder des Zweckes der Dienststelle	307
g) Übernahme der Dienststelle oder Einrichtung durch Dritte, wenn hiermit der Erwerb der Kontrolle verbunden ist	307

Inhaltsverzeichnis

h) Aufstellung oder Änderung des Stellenplanentwurfs	308
5. Zurverfügungstellung von Unterlagen	309
a) Allgemeines	309
b) Unterlagen von Bewerberinnen und Bewerbern	310
c) Dienstvereinbarung über Bewerbungen	312
d) Sonstige personelle Maßnahmen	312
e) Information über externe Beschäftigte	313
6. Einsichtsrecht in Personalakten und Beurteilungen	314
§ 35 Allgemeine Aufgaben der Mitarbeitervertretung	315
I. Allgemeines	317
II. § 35 Abs. 1 MVG-EKD	317
1. Verpflichtung der Mitarbeitervertretung	317
2. Förderung der Belange der Beschäftigten	318
3. Pflichten gegenüber Dienststelle und Kirche	319
III. § 35 Abs. 2 MVG-EKD	320
IV. § 35 Abs. 3 MVG-EKD	322
1. Betonung von Aufgaben	322
2. Anregen von Maßnahmen	322
a) Alternative Voraussetzungen	322
b) Anregungen	322
c) Formfreiheit	323
d) Beschluss der Mitarbeitervertretung	323
e) Befassung der Dienststellenleitung	323
3. Einhalten von Bestimmungen	324
4. Umgang mit Eingaben von Beschäftigten	326
5. Förderung Schutzbedürftiger	327
6. Gleichstellung und Gemeinschaft	328
7. Förderung der Integration	329
8. Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz	330
9. Aufgaben aus staatlichem Recht	331
V. Anhörungsrecht von Beschwerdeführenden	332
VI. Personalgespräche	332
§ 36 Dienstvereinbarungen	334
I. Einleitung	335
II. Dienstvereinbarungen	336
1. Rechtscharakter	336
2. Wirkung der Dienstvereinbarung im Arbeitsverhältnis	337
a) Einwirkung kirchlicher Arbeitsrechtsregelungen auf das Arbeitsverhältnis	337
b) Einwirkung von Dienstvereinbarungen auf das kirchliche Arbeitsverhältnis und praktische Bedeutung dieser Frage	338
c) Keine normative Außenwirkung von Dienstvereinbarungen im weltlichen Rechtskreis	339
d) Arbeitsvertrag als „Brücke“ für die Geltung von Dienstvereinbarungen im kirchlichen Arbeitsverhältnis	340
aa) Ausdrückliche Bezugnahme auf Dienstvereinbarungen	341

bb) Konkludente Inbezugnahme von Dienstvereinbarungen durch Kettenverweisung	342
cc) Reichweite der Kettenverweisung	343
3. Zustandekommen der Dienstvereinbarung	344
a) Angebot und Annahme	344
b) Zuständigkeiten	344
c) Schriftformerfordernis	346
aa) Zweck und Reichweite	346
bb) Bezugnahmen	346
cc) Unterschriftserfordernis	347
dd) Elektronische Form und Textform	348
d) Bekanntgabe	348
4. Geltungsbereich	350
a) Räumlich	350
b) Persönlich	350
c) Zeitlich	351
aa) Tatsächliche Grenze: Unmöglichkeit	351
bb) Rechtliche Grenze: Vertrauensschutz bei rückwirkenden Dienstvereinbarungen	351
cc) Unzulässige Rückwirkung	353
dd) Zulässige Rückwirkung	353
III. Zulässiger Regelungsinhalt von Dienstvereinbarungen	354
1. Dienstvereinbarungs-Autonomie	354
2. Regelungssperren des § 36 Abs. 1 S. 2 und S. 3 MVG-EKD	355
a) Zweck und Wirkung	355
b) Reichweite	356
aa) Tatsächliche Regelung in „überbetrieblichen Regelungen“	356
bb) Übliche Regelung in „überbetrieblichen Regelungen“	357
c) Öffnungsklauseln	357
d) Sonderfall: § 8 MVG-AG	359
IV. Beendigung der Dienstvereinbarung	360
1. Vertragliche Beendigung	360
2. Kündigung der Dienstvereinbarung	360
3. Untergang der Einrichtung und Betriebsübergang auf einen weltlichen Erwerber	362
V. Nachwirkung	364
VI. Prozessuales	364
1. Streitigkeiten vor den kirchlichen Gerichten für Arbeitssachen	364
2. Individualrechtliche Streitigkeiten	364
§ 36a Einigungsstellen	365
I. Allgemeines	367
II. Einigungsstellenarten	367
III. Bildung der Einigungsstelle	368
1. Bildung aufgrund Vereinbarung	368
2. Bildung auf Antrag	369

Inhaltsverzeichnis

a) Einsetzung der Einigungsstelle	370
b) Antragsbefugnis	370
c) Antragsinhalte	370
d) Rechtsschutzinteresse	371
e) Entscheidung des Kirchengerichts	371
aa) Verfahrensablauf	371
bb) Prüfungsumfang	371
cc) Rechtsmittel	372
3. Zusammensetzung der Einigungsstelle	372
a) Mitglieder der Einigungsstelle	372
b) Rechtsstellung der Mitglieder der Einigungsstelle	373
aa) Vorsitzender	373
bb) Beisitzer	373
cc) Bevollmächtigte	374
4. Einigungsstellenverfahren	374
a) Verfahrensgrundsätze	374
aa) Unverzüglichkeit	375
bb) Rechtliches Gehör	375
cc) Mündlichkeit	376
dd) Nichtöffentlichkeit	376
ee) Unmittelbarkeit	377
ff) Amtsermittlung/Untersuchungsgrundsatz	377
gg) Säumnis im Verfahren	378
b) Ablauf des Einigungsstellenverfahrens	378
aa) Unverzüglichkeit der Tagung	378
bb) Beginn des Verfahrens	379
cc) Vorbereitende Handlungen	380
dd) Einigungsstellensitzungen	381
(1) Beginn der Sitzung	382
(2) Sitzungsprotokoll	383
(3) Zuständigkeit der Einigungsstelle	384
(4) Informations-/Verhandlungsphase	385
(5) Zwischenbeschlüsse	386
(6) Fortgang der Sitzung	387
(7) Befangenheit	387
c) Beendigung der Einigungsstelle	388
aa) Beendigung ohne Sachentscheidung	388
bb) Einigung	388
cc) Spruch der Einigungsstelle	389
dd) Prüfungsmaßstab	390
5. Wirkung des Einigungsstellenspruchs	391
6. Gerichtliche Überprüfung des Einigungsstellenspruchs	391
a) Zwischenspruch	391
b) Beendigungsspruch	391
aa) Zuständigkeit	391
bb) Antragsberechtigung	391
cc) Antragsinhalt	391

dd) Umfang der Rechtskontrolle	392
7. Kosten der Einigungsstelle	392
§ 37 Verfahren der Beteiligung der Mitarbeitervertretung	393
I. Umfang der Beteiligung	393
1. Grundstruktur	393
2. Abgestufte Beteiligung	394
3. Wirtschaftliche Angelegenheiten	394
II. Reichweite der Beteiligung	395
1. Allgemeines	395
2. Freiwillige Dienstvereinbarungen	395
§ 38 Mitbestimmung	396
I. Struktur	397
II. Kollektive Maßnahme	400
III. Unterrichtungspflicht	401
IV. Fristberechnung	404
V. Fristverkürzung	406
VI. Fristverlängerung	407
VII. Abschluss des Mitbestimmungsverfahrens	408
1. Reaktionsmöglichkeiten der MAV	408
2. Beschlussfassung der MAV	408
3. Zustimmungsverweigerung der MAV	409
4. Erörterung	411
VIII. Anrufung des Kirchenggerichts	413
1. Fristen	413
2. Anträge	414
IX. Anrufung der Einigungsstelle	415
1. Struktur	415
2. Das Verfahren der Anrufung der Einigungsstelle	416
X. Vorläufige Regelungen	417
1. Vorläufige Regelungen bei Maßnahmen nach § 40 MVG-EKD	418
2. Vorläufige Regelungen bei Maßnahmen nach §§ 42, 43 MVG-EKD	419
XI. Rechtsfolgen der Verletzung des Mitbestimmungsverfahrens	420
1. Kündigung	420
2. Einstellung	421
3. Organisatorische und soziale Angelegenheiten	421
XII. Rechtsschutzmöglichkeiten	422
1. Anspruch auf Unterlassung und Rückgängigmachung	422
a) Anspruchsvoraussetzungen	422
b) Unterlassungsanträge	423
2. Beschwerde nach § 48 MVG-EKD	424
3. Initiativrecht nach § 47 MVG-EKD	424
§ 39 Fälle der Mitbestimmung bei allgemeinen personellen Angelegenheiten	425
I. Allgemeine personelle Angelegenheiten	426

Inhaltsverzeichnis

1. Begriff	426
2. Volle Mitbestimmung	426
II. Mitbestimmungstatbestände	427
1. Personalfragebögen	427
a) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	427
b) Rechtliche Grenzen für das Fragerecht des Arbeitgebers	428
c) Umfang des Mitbestimmungsrechts	431
2. Beurteilungsgrundsätze	431
3. Aus-, Fort- und Weiterbildung	432
a) Aufstellung von Grundsätzen für Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	433
b) Aufstellung von Grundsätzen für die Teilnehmerauswahl	433
c) Mitbestimmung bei der Teilnehmerauswahl von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	433
4. Einführung und Grundsätze der Durchführung von Mitarbeiter-Jahresgesprächen	434
§ 40 Fälle der Mitbestimmung in organisatorischen und sozialen Angelegenheiten	434
I. Allgemeines	437
1. Zweck des Mitbestimmungsrechts	438
2. Form der Mitbestimmung	438
3. Ausschluss von Mitbestimmungsrechten durch Arbeitsvertragsrichtlinien oder Tarifverträge	438
4. Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte durch Arbeitsvertragsrichtlinien oder Tarifverträge	439
5. Erweiterung durch AVR und TV	440
6. Persönlicher Geltungsbereich	440
7. Kollektiver Bezug	440
8. Eil- und Notfälle	441
9. Unverzichtbarkeit der Mitbestimmungsrechte	441
10. Annexkompetenz und Koppelungsgeschäfte	442
11. Mitbestimmungsrechte im Arbeitskampf	442
II. Die einzelnen Mitbestimmungsrechte des § 40 MVG-EKD	443
1. Bestellung und Abberufung von Vertrauens- und Betriebsärzten und -ärztinnen sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit	443
a) Betroffene Funktionen	444
b) Art des Dienstes	445
c) Bestellung	445
d) Abberufung	445
e) Einstellung	445
f) Initiativrecht	446
g) Mitbestimmung bei Abberufung und Beendigung	446
2. Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und gesundheitlichen Gefahren	446
a) Regelungsbereich	446
b) Umfang des Mitbestimmungsrechts	446

Inhaltsverzeichnis

c) Initiativrecht	447
d) Verhütung von Arbeitsunfällen	447
e) Gesundheitliche Gefahren	447
f) BEM	449
g) Zeiterfassungssystem	449
h) Betreuungskonzept	449
3. Sozialeinrichtungen	450
a) Einrichtung	450
b) Bezug zum Beschäftigungsverhältnis	450
c) Gegenstände der Mitbestimmung	451
aa) Errichtung	451
bb) Verwaltung	452
cc) Auflösung	452
4. Arbeitszeit	452
a) Reichweite des Mitbestimmungsrechts	453
aa) Beginn und Ende der Arbeitszeit	453
bb) Umkleidezeiten	454
cc) Besondere Arbeitszeitgestaltung	455
dd) Änderung der Arbeitszeiten	455
ee) Kollektiver Bezug	455
ff) Überstunden und Kurzarbeit	455
gg) Verteilung auf die Wochentage	455
hh) Pausen	456
ii) Dienstpläne	457
jj) Festlegung der Grundsätze für Dienstpläne	457
kk) Schichtstärke	457
ll) Gefährdungsbeurteilung	458
b) Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte	458
aa) Dienstvereinbarung	458
bb) Regelungsabrede	459
cc) Zustimmung im Einzelfall	459
dd) Einigungsstelle Arbeitszeiten	459
5. Urlaub	459
6. Sozialplan	460
a) Anlass für Sozialplan	460
b) Informationsrecht der MAV	461
c) Pläne für Umschulungen	462
d) Wirtschaftliche Nachteile	462
e) Ausstattung des Sozialplans	462
f) Rechtsnatur des Sozialplans	463
7. Grundsätze der Arbeitsplatzgestaltung	464
a) Arbeitsplatz	464
b) Gestaltung	464
c) Grundsätze	465
d) Regelungsmöglichkeiten	465
8. Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden	465
a) Arbeitsmethode	465

Inhaltsverzeichnis

b) Neu	466
c) Gegenstand	466
d) Verhältnis zu § 40 lit. j MVG-EKD	467
9. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufs	467
a) Hebung der Arbeitsleistung	467
b) Erleichterung der Arbeitsablaufs	468
c) Verhältnis zu § 40 lit. h MVG-EKD	469
d) Umfang des Mitbestimmungsrechts	469
10. Verhaltens- und Leistungskontrolle	469
a) Einführung und Anwendung	470
b) Technische Einrichtungen	471
c) Nicht-technische Maßnahmen	472
d) Individuelle Auswirkungen	473
e) Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben	473
11. Regelung der Ordnung in der Dienststelle (Haus- und Betriebsordnungen) und des Verhaltens der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Dienst	473
a) Gegenstand	473
b) Private Lebensführung	474
c) Einzelfälle	475
12. Planung und Durchführung von Veranstaltungen für die Mitarbeiterschaft	475
13. Grundsätze für die Gewährung von Unterstützungen oder sonstigen Zuwendungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht	476
14. Mietwohnungen und Pachtland	476
a) Gegenstand	476
b) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	478
aa) Verschaffung	478
bb) Kündigung	478
cc) Nutzungsbedingungen	478
15. Betriebliches Vorschlagswesen	478
§ 41 Eingeschränkte Mitbestimmung	479
I. Struktur	480
II. Zustimmungsverweigerungsgründe nach § 41 Abs. 1 MVG-EKD	482
1. Verletzung von Rechtsnormen	482
a) Verstoß gegen Rechtsvorschriften (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 1 MVG-EKD)	482
aa) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen von Einstellungen	483
bb) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen der Eingruppierung	486
cc) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen von Versetzungen	487

b) Verstoß gegen eine Vertragsbestimmung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 2 MVG-EKD)	487
c) Verstoß gegen eine Dienstvereinbarung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 3 MVG-EKD)	487
d) Verstoß gegen eine Verwaltungsanordnung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 4 MVG-EKD)	488
e) Verstoß gegen andere bindende Bestimmungen (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 5 MVG-EKD)	488
2. Besorgnis der Benachteiligung (§ 41 Abs. 1 lit. b MVG-EKD)	488
a) Benachteiligung betroffener Mitarbeiter/innen	489
b) Benachteiligung anderer Mitarbeiter/innen	489
3. Störung des Friedens in der Dienststelle (§ 41 Abs. 1 lit. c MVG-EKD)	490
III. Zustimmungsverweigerung bei Kündigung außerhalb der Probezeit (§ 41 Abs. 2 MVG-EKD)	491
1. Grundsätze	491
2. Verletzung einer Rechtsvorschrift	492
3. Verstoß gegen eine arbeitsrechtliche Regelung, eine andere bindende Bestimmung oder eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung	494
IV. Verfahren	495
1. Zustimmungsersetzungsverfahren	495
2. Verfahrensmöglichkeiten der MAV bei Untätigkeit der Dienststellenleitung in Eingruppierungsstreitigkeiten	496
§ 42 Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der privatrechtlich angestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	497
I. Anwendungsbereich	498
II. Arbeitnehmereigenschaft	499
III. Beteiligung der Mitarbeitervertretung	500
1. Verfahren der Mitbestimmung	500
2. Umfang der Mitbestimmung	500
IV. Einzelfälle der eingeschränkten Mitbestimmung	501
1. Einstellung	501
2. Ordentliche Kündigung nach Ablauf der Probezeit	506
a) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	506
b) Umfang der Mitbestimmung	509
aa) Sonderkündigungsschutz	509
bb) Kündigungsschutz nach dem KSchG	509
(1) Personenbedingte Gründe	510
(2) Verhaltensbedingte Gründe	512
(3) Betriebsbedingte Gründe	514
c) Anhörung der Mitarbeitervertretung	515
3. Eingruppierung	517

Inhaltsverzeichnis

4. Übertragung einer höher oder niedriger bewerteten Tätigkeit von mehr als drei Monaten Dauer	522
5. Dauernde Übertragung einer Tätigkeit, die einen Anspruch auf Zahlung einer Zulage auslöst, sowie Widerruf einer solchen Übertragung	523
6. Umsetzung innerhalb einer Dienststelle unter gleichzeitigem Ortswechsel	524
7. Versetzung oder Abordnung zu einer anderen Dienststelle von mehr als drei Monaten Dauer, wobei in diesen Fällen die Mitarbeitervertretung der aufnehmenden Dienststelle unbeschadet des Mitberatungsrechts nach § 46 lit. d MVG-EKD mitbestimmt	525
8. Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus	526
9. Anordnungen, welche die Freiheit in der Wahl der Wohnung beschränken	528
10. Untersagung einer Nebentätigkeit sowie Versagung und Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit	528
11. Ablehnung eines Antrages auf Ermäßigung der Arbeitszeit oder Beurlaubung	529
§ 43 Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen	531
I. Anwendungsbereich	532
II. Einzelfälle der eingeschränkten Mitbestimmung	535
1. Einstellung	535
2. Umwandlung des Kirchenbeamtenverhältnisses in ein solches anderer Art	536
3. Ablehnung eines Antrages auf Ermäßigung der Arbeitszeit oder Beurlaubung in besonderen Fällen	537
4. Verlängerung der Probezeit	538
5. Beförderung	539
6. Übertragung eines anderen Amtes, das mit einer Zulage ausgestattet ist	539
7. Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt ohne Änderung der Amtsbezeichnung oder Übertragung eines anderen Amtes mit gleichem Endgrundgehalt mit Änderung der Amtsbezeichnung	540
8. Zulassung zum Aufstiegsverfahren, Verleihung eines anderen Amtes mit anderer Amtsbezeichnung beim Wechsel der Laufbahngruppe	540
9. Dauernde Übertragung eines höher oder niedriger bewerteten Dienstpostens	541
10. Umsetzung innerhalb der Dienststelle bei gleichzeitigem Ortswechsel	542
11. Versetzung, Zuweisung oder Abordnung von mehr als drei Monaten Dauer zu einer anderen Dienststelle oder zu einem	

anderen Dienstherrn im Geltungsbereich dieses Kirchengesetzes, wobei in diesen Fällen die Mitarbeitervertretung der aufnehmenden Dienststelle unbeschadet des Mitberatungs- rechts nach § 46 lit. d MVG-EKD mitbestimmt	543
12. Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze	545
13. Anordnungen, welche die Freiheit in der Wahl der Wohnung beschränken	545
14. Untersagung einer Nebentätigkeit sowie Versagung und Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit	546
15. Entlassung aus dem Kirchenbeamtenverhältnis auf Probe oder auf Widerruf, wenn die Entlassung nicht beantragt wurde	547
16. Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand gegen den Willen des Kirchenbeamten oder der Kirchenbeamtin	549
17. Versetzung in den Wartestand oder einstweiligen Ruhestand gegen den Willen des Kirchenbeamten oder der Kirchenbeamtin	549
§ 44 Ausnahmen von der Beteiligung in Personalangelegenheiten	550
I. Ausgenommener Personenkreis	551
II. Umfang der Einschränkung der Beteiligungsrechte	553
§ 45 Mitberatung	553
I. Wesen der Mitberatung	554
II. Der Ablauf des Mitberatungsverfahrens	555
III. Einleitung des Mitberatungsverfahrens	555
IV. Umfang der Unterrichtung	556
V. Fristen	556
1. Frist für die Reaktion der Mitarbeitervertretung	556
2. Beginn der Zwei-Wochen-Frist	557
3. Sonderfall außerordentliche Kündigung	557
VI. Verlängerung der Frist auf Antrag	558
VII. Wirkung des Fristablaufs	559
VIII. Antrag auf Erörterung	559
IX. Erörterung	560
X. Folge bei Nichteinigung	561
1. Beendigungserklärung	561
2. Begründungszwang	561
XI. Nichtbeteiligung der Mitarbeitervertretung	562
1. Rechtsfolge	562
2. Rechtsschutz	562
3. Entscheidung des Kirchengerichts	563
§ 46 Fälle der Mitberatung	564
I. Änderung durch 12. Synode	565
II. Mitberatungsrechte	565
1. Auflösung, Einschränkung, Verlegung und Zusammenlegung von Dienststellen oder erheblichen Teilen von ihnen	565
a) Auflösung der Dienststelle	566

Inhaltsverzeichnis

b) Einschränkung der Dienststelle	567
c) Verlegung der Dienststelle	569
d) Zusammenlegung von Dienststellen	569
e) Wesentlicher Teil der Dienststelle	570
2. Außerordentliche Kündigung	570
a) Wichtiger Grund	570
b) Erklärungsfrist des § 626 Abs. 2 BGB	572
c) Unabdingbarkeit und Umdeutung	573
d) Unkündbare Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	574
e) Unterrichtung der Mitarbeitervertretung	575
3. Ordentliche Kündigung innerhalb der Probezeit	577
4. Versetzung und Abordnung von mehr als drei Monaten Dauer, wobei das Mitberatungsrecht hier für die Mitarbeitervertretung der abgebenden Dienststelle besteht	580
5. Aufstellung von Grundsätzen für die Bemessung des Personalbedarfs	580
6. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen auf Verlangen der in Anspruch genommenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	581
a) Grundsätze des innerbetrieblichen Haftungsausgleichs	582
b) Verlangen des betroffenen Mitarbeiters	584
7. Dauerhafte Vergabe von Arbeitsbereichen an Dritte, die bisher von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Dienststelle wahr genommen werden	585
III. Abweichende gliedkirchliche Regelungen	587
§ 47 Initiativrecht der Mitarbeitervertretung	588
I. Einleitung	588
II. Grundsätze	589
III. Art der Angelegenheiten	590
1. Allgemeine personelle Angelegenheiten	590
2. Soziale und organisatorische Angelegenheiten	591
3. Privatrechtliche Angelegenheiten	591
4. Öffentlich-rechtliche Dienstnehmer	592
IV. Antrag der Mitarbeitervertretung	593
V. Ablehnung der Initiative	593
VI. Anspruch auf Erörterung bei Mitbestimmungsrechten	593
VII. Erneuter Initiativantrag	594
VIII. Anrufung des Kirchengengerichts	595
1. Regelungsstreitigkeiten	595
2. Fristen	595
3. Inhalt des Antrags	595
IX. Entscheidung des Kirchengengerichts	596
X. Ausschluss des kirchengengerichtlichen Rechtsschutzes bei Einigungsstellen	597
§ 48 Beschwerderecht der Mitarbeitervertretung	598
I. Einleitung	598

II. Anlass für die Beschwerde	599
III. Vorverfahren bei der Dienststelle	600
IV. Form der Beschwerde	600
V. Adressat der Beschwerde	601
VI. Verfahren beim Leitungs- und Aufsichtsorgan	601
VII. Kirchengewerichtlicher Rechtsschutz	602

IX. Abschnitt: Interessenvertretung besonderer Mitarbeitergruppen

§ 49 Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden	604
I. Zweck	605
II. Aufgaben und Arbeitsweise der JAV	605
III. Wahl der JAV	607
1. Grundsätzliches und Wahlberechtigung	607
2. Wählbarkeit	608
3. Verfahren	608
IV. JAV-Größe und Amtszeit	609
V. Übernahme in ein Arbeitsverhältnis	609
VI. Rechtsstellung der JAV-Mitglieder	610
VII. Gemeinsame JAV	610
§ 50 Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	611
I. Grundsätzliches	611
II. Die Schwerbehindertenvertretung	612
III. Wahl der Vertrauensperson der Schwerbehinderten	612
1. Voraussetzungen	612
2. Wahlberechtigung	613
3. Wählbarkeit	613
4. Verfahren	614
5. Amtszeit	614
§ 51 Aufgaben der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	615
I. Vorbemerkung	616
II. Die Aufgaben der Vertrauensperson der Schwerbehinderten (SBV)	617
1. Überwachung	617
2. Initiativrecht	618
3. Beschwerden/Unterstützung schwerbehinderter Menschen	618
III. Beteiligung der SBV	618
1. Informations- und Anhörungsrechte	619
2. Rechtsfolgen einer unterbliebenen Unterrichtung/Anhörung	620
3. Sonderfall Kündigung eines schwerbehinderten Beschäftigten (§ 51 Abs. 3 MVG-EKD)	621
4. Teilnahme am Bewerbungsverfahren	621
5. Einsicht in die Personalakten (§ 51 Abs. 4 MVG-EKD)	622
6. Recht an MAV-Sitzungen und anderen Ausschüssen teilzunehmen (§ 51 Abs. 5 MVG-EKD)	622

Inhaltsverzeichnis

7. Aussetzung von Beschlüssen der MAV (§ 51 Abs. 5 MVG-EKD)	623
IV. Tätigwerden eines Stellvertreters (§ 51 Abs. 2 MVG-EKD)	623
V. Versammlungen der Schwerbehinderten (§ 51 Abs. 6 MVG-EKD)	624
§ 52 Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	625
I. Rechtsstellung der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer Stellvertreter	625
II. Räume und Geschäftsbedarf	626
§ 52a Gesamtschwerbehindertenvertretung	626
I. Vorbemerkung	627
II. Zustandekommen	627
III. Zuständigkeit einschließlich Ersatzfunktion	627
§ 53 Mitwirkung in Werkstätten für behinderte Menschen und in Angelegenheiten weiterer Personengruppen	628
I. Mitwirkung behinderter Menschen in Werkstätten	628
II. Mitwirkung für weitere Gruppen von Beschäftigten	628
III. Diakonie-Werkstättenmitwirkungsverordnung (DWMV)	629
X. Abschnitt: Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen	
§ 54 Bildung von Gesamtausschüssen	645
I. Begriff und Historie	645
II. Zweck	646
III. Regelungen in den Gliedkirchen	646
IV. Übrige Bestimmungen des MVG-EKD gelten sinngemäß	648
V. Streitigkeiten	650
§ 55 Aufgaben des Gesamtausschusses	650
I. Zweck	650
II. Aufgaben	651
1. Beratung der MAVen	651
2. Förderung von Informationsaustausch und Fortbildungen	651
3. Arbeits-, dienst- und mitarbeitervertretungsrechtliche Fragen grundsätzlicher Bedeutung	652
4. Stellungnahmen	653
5. Mitwirkung bei Bildung der Kirchengenichte	653
6. Mitwirkung an Arbeitsrechtlichen Kommissionen	653
§ 55a Ständige Konferenz, Bundeskonferenz, Gesamtausschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland	654
I. Begriff und Historie	654
II. Mitglieder	655
1. StäKo	655
2. BuKo	655
III. Gesamtausschuss der EKD	655

§ 55b Aufgaben der Ständigen Konferenz und der Bundeskonferenz . . .	656
I. Vorbemerkung	656
II. Stellungnahmen zu kirchengesetzlichen Regelungen	656
III. Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches und der Fortbildungsarbeit	657
IV. Beratung und Unterstützung der entsendenden Gremien	657
§ 55c Geschäftsführung	657
I. Vorstand	658
II. Freistellung	658
III. Geschäftsstelle	658
IV. Kosten	659
§ 55d Weitere Regelungen	659
I. Geschäftsordnung	659
II. Dienstreisen	660
III. Geltung der Regelungen des MVG-EKD	660
XI. Abschnitt: Kirchengerechtlicher Rechtsschutz	
§ 56 Kirchengerechtlicher Rechtsschutz	661
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	661
II. Abgrenzung der Zuständigkeiten der staatlichen und kirchlichen Gerichte	662
III. Gerichtsbarkeit der EKD	663
IV. Kirchengerechtlicher Rechtsschutz bei Streitigkeiten aus dem MVG-EKD	664
1. Kirchengerichte erster Instanz	664
2. Kirchengerichtshof der EKD als Beschwerdegericht	667
§ 57 Bildung von Kirchengerichten	668
I. Bildung von Kirchengerichten erster Instanz	668
II. Mehrkammerprinzip	669
III. Öffnungsklausel	669
§ 57a Zuständigkeitsbereich des Kirchengerichts der Evangelischen Kirche in Deutschland	670
I. Sachliche Zuständigkeit	671
II. Zuständigkeitsbereich – der Gerichtsbarkeit des Kirchengerichts der EKD unterliegende Institutionen	671
1. EKD und ihre Amts- und Dienststellen und Einrichtungen (§ 57a lit. a MVG-EKD)	671
2. Das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. und seine Dienststellen und die ihm unmittelbar angeschlossenen rechtlich selbstständigen Einrichtungen (§ 57a lit. b MVG-EKD)	672
3. Gliedkirchen der EKD und ihre gliedkirchlichen Zusammenschlüsse (§ 57a lit. c MVG-EKD)	672
4. Kirchliche und freikirchliche Einrichtungen, Werke und Dienste im Bereich der EKD (§ 57a lit. d MVG-EKD)	673

Inhaltsverzeichnis

5. Mitgliedseinrichtungen der gliedkirchlichen DW, die das MVG-EKD aufgrund einer Befreiung von der Anwendung des gliedkirchlichen Mitarbeitervertretungsrechts oder aufgrund von § 1 Abs. 2a MVG-EKD anwenden	673
§ 58 Bildung und Zusammensetzung der Kammern	673
I. Vorbemerkung	674
II. Besetzung der Kammern	674
III. Wählbarkeit in kirchliche Ämter	675
IV. Inkompatibilität von Richteramt und Organangehörigkeit (§ 59 Abs. 2 MVG-EKD)	675
V. Berufung des Vorsitzenden	676
§ 59 Rechtsstellung der Mitglieder des Kirchengerichts	677
I. Richterliche Unabhängigkeit und Gesetzesbindung	677
II. Richterliche Schweigepflicht	678
III. Inkompatibilität von Richteramt und Organstellung	679
IV. Amtszeit	679
V. Entsprechende Geltung von § 19, § 21 und § 22 Abs. 1 S. 1–3 und 5 sowie Abs. 2 MVG-EKD	679
§ 59a Berufung der Richter und Richterinnen des Kirchengerichtshofes der Evangelischen Kirche in Deutschland	680
I. Vorbemerkung	680
II. Vorsitzende Richter und Richterinnen	681
III. Besitzende Richter und Richterinnen	681
§ 60 Zuständigkeit der Kirchengerichte	682
I. Generalklausel (§ 60 Abs. 1 MVG-EKD)	683
II. Einleitung des Verfahrens durch Antrag	684
1. Vorbemerkung	684
2. Beteiligte des Verfahrens	685
3. Antragsbefugnis	687
4. Antragsfristen	687
5. Anträge	687
a) Einvernehmensersetzung über die Geltung als Dienststelle	687
b) Dienstvereinbarungen	689
c) Fälle der Mitberatung (§ 46 MVG-EKD)	690
d) Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung (§§ 42, 43 MVG-EKD)	690
e) Fälle der uneingeschränkten Mitbestimmung (§§ 39, 40 MVG-EKD)	693
f) Nichteinigung über Initiativen der Mitarbeitervertretung (§ 47 Abs. 2 MVG-EKD)	695
g) Einigungsstelleneinsetzung	695
h) Leistungsanträge	697
i) Feststellungsanträge	697
j) Gestaltungsanträge	698

6. Antragsrücknahme, Antragsänderung, Vergleich, Erledigungserklärung	698
a) Antragsrücknahme	698
b) Antragsänderung	699
c) Vergleich	699
d) Erledigungserklärung	700
7. Verbindlichkeit des kirchengerichtlichen Beschlusses	701
§ 61 Durchführung des kirchengerichtlichen Verfahrens in erster	
Instanz	702
I. Antragsfrist	704
II. Prozessvertretung	705
1. Hinzuziehung eines Beistands	705
2. ACK-Klausel	705
3. Kosten des Verfahrensbevollmächtigten der Mitarbeitervertretung	706
III. Einigungsgespräch	707
IV. Verfahrensgrundsätze	707
1. Anwendbarkeit der Vorschriften des ArbGG	707
2. Ermittlung der entscheidungserheblichen Tatsachen	708
V. Kammertermin	709
VI. Entscheidung der Kammer	710
VII. Antragszurückweisung durch den Vorsitzenden	712
VIII. Kosten des Verfahrens	713
IX. Einstweiliger Rechtsschutz	714
1. Vorbemerkung	714
2. Verfügungsanspruch	714
3. Verfügungsgrund	715
4. Glaubhaftmachung	715
5. Entscheidung durch die Kammer oder den Vorsitzenden	715
§ 62 Verfahrensordnung	716
I. Vorbemerkung	717
II. Kirchengerichtsgesetz	717
III. Abweichende gliedkirchliche Bestimmungen	717
IV. Vorschriften des ArbGG über das Beschlussverfahren als ergänzende Verfahrensordnung	718
V. Ausschluss von Zwangsmaßnahmen	718
§ 63 Rechtsmittel	719
I. Grundsätze	720
II. Verfahrensbeendende Beschlüsse	721
1. Fristen	721
2. Einlegung	722
3. Beschwerdebefugnis	723
III. Nicht verfahrensbeendende Beschlüsse	723
IV. Annahmegründe	724
1. Ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des erstinstanzlichen Beschlusses	725

Inhaltsverzeichnis

2. Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung	725
3. Divergenz	726
4. Verfahrensmängel	726
V. Beschwerdebegründung	727
VI. Verfahren über die Annahme der Beschwerde (§ 63 Abs. 3 und 4 MVG-EKD)	729
VII. Einstweilige Verfügungen (§ 63 Abs. 5 MVG-EKD)	729
VIII. Endgültigkeit der Entscheidungen	730
IX. Anwendbarkeit des ArbGG	730
§ 63a Einhaltung auferlegter Verpflichtungen, Ordnungsgeld	730
I. Grundsätze	731
II. Ordnungsgeld	731

XII. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 64 Übernahmebestimmungen	733
-----------------------------------	------------

Wahlordnung zum Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (Wahlordnung zum MVG)

Schematische Übersicht zum zeitlichen Ablauf des Wahlverfahrens	735
---	-----

§ 1 Durchführung der Wahl, Zusammensetzung des Wahlvorstandes	736
I. „Normales“ und vereinfachtes Wahlverfahren	736
II. Wahlvorstand	736
III. Voraussetzungen für Mitglieder des Wahlvorstandes	737
IV. Ersatzmitglieder des Wahlvorstandes	739
V. Unterstützung des Wahlvorstandes	740
§ 2 Einleitung des Wahlverfahrens, Bildung und Abberufung des Wahlvorstandes	740
I. Einleitung des Wahlverfahrens	741
II. Zeitpunkt der Wahl des Wahlvorstandes	741
III. Wahl des Wahlvorstandes durch Zuruf und offene Abstimmung	742
IV. Geheime Abstimmung	742
V. Leitung der Mitarbeiterversammlung	742
VI. Ausschluss von Mitgliedern des Wahlvorstandes oder Auflösung des Wahlvorstandes	743
VII. Schutz der Mitglieder des Wahlvorstandes	743
VIII. Schulungsanspruch	744
IX. Kosten	744
§ 3 Geschäftsführung des Wahlvorstandes	745
I. Erste Sitzung des Wahlvorstandes	745
II. Beschlüsse des Wahlvorstandes	746
III. Verhinderung eines Wahlvorstandsmitglieds	746
IV. Stimmgleichheit	746
V. Niederschriften und Umlaufverfahren	747

VI. Handlungen des Wahlvorstandes	748
§ 4 Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren	748
I. Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren	749
II. Bekanntgabe der Listen	750
III. Einsprüche	750
IV. Abgrenzung zum Wahlausschreiben	751
V. Verstöße	751
§ 5 Wahltermin und Wahlausschreiben	751
I. Festsetzung des Wahltermins	752
II. Bekanntgabe Wahlausschreiben	752
III. Art der Bekanntgabe des Wahlausschreibens	753
IV. Inhalt des Wahlausschreibens	753
V. Verstöße	755
§ 6 Wahlvorschläge	755
I. Einreichung von Wahlvorschlägen	755
II. Prüfung der Wahlvorschläge	756
III. Unverzügliche Prüfung und Mitteilung von Beanstandungen	756
IV. Einverständnis des Vorgeschlagenen	757
V. Dokumentation des Einverständnisses	757
VI. Angemessene Berücksichtigung von Männern und Frauen	758
VII. Rücknahme von Wahlvorschlägen	758
§ 7 Gesamtvorschlag und Stimmzettel	759
I. Gesamtvorschlag	759
II. Bekanntgabe des Gesamtvorschlages	759
III. Stimmzettel	760
§ 8 Durchführung der Wahl	760
I. Persönliche Stimmabgabe	761
II. Vermerken der Stimmabgabe	762
III. Leere Wahlurne vor Beginn	762
IV. Verschluss der Wahlurnen	763
V. Abgabe des Stimmzettels	764
VI. Mehrere Stimmbezirke	764
VII. „Wandern“ der Wahlurne	765
VIII. Stimmenanzahl	765
IX. Geheime Wahl	766
X. Hilfeleistung bei Stimmabgabe	766
XI. Dauer der Wahlhandlung	766
§ 9 Stimmabgabe durch Briefwahl	767
I. Briefwahl als Ausnahme	768
II. Bestimmung durch Wahlvorstand	768
III. Antrag des Wahlberechtigten	768
IV. Frist und Vertretung bei Antrag auf Briefwahl	769
V. Ablehnung des Antrages	769
VI. Rechtzeitiger Eingang der Briefwahl-Stimmen	770
VII. Aufbewahrung der Wahlbriefe	770

Inhaltsverzeichnis

§ 10 Feststellung des Wahlergebnisses	770
I. Unverzügliche und öffentliche Auszählung der Stimmen	771
II. Reihenfolge der Vorgeschlagenen	772
III. Losentscheid bei gleicher Stimmenanzahl	772
IV. Ungültigkeit von Stimmzetteln	772
V. Gründe für ungültige Stimmzettel	773
§ 11 Bekanntgabe des Wahlergebnisses	774
I. Unverzügliche Bekanntgabe des Wahlergebnisses	774
II. Konkludente Annahme der Wahl	775
III. Ablehnung der Wahl	775
§ 12 Vereinfachte Wahl	776
I. Vereinfachtes Wahlverfahren für Dienststellen mit nicht mehr als 100 Wahlberechtigten	777
II. Größe der Dienststelle in der Regel	777
III. Abweichender Beschluss	777
IV. Versammlungsleiter	778
V. Wahl des Versammlungsleiters	778
VI. Voraussetzungen an Versammlungsleiter	779
VII. Wahlvorschläge	779
VIII. Durchführung der Wahl	780
IX. Auszählung der Stimmen	781
X. Wahlergebnis	781
§ 13 Wahlunterlagen	781
I. Fünfjährige Aufbewahrung	781
II. Sämtliche Wahlunterlagen	782
§ 14 Wahl der Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden ..	783
I. Leitung durch Wahlvorstand	783
II. Wahlordnung sinngemäß	783
III. Wahlvorschläge	784
IV. Stimmenanzahl	784
§ 15 Wahl der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	785
I. Fünf Schwerbehinderte oder Schwerbehinderten Gleichgestellte ..	785
II. Wahlberechtigung	786
III. Wahlvorschläge	786
IV. Wählbarkeit	786
V. Konstitutive Briefwahl	786
VI. Übersendung der Wahllisten	787
VII. Kein vereinfachtes Wahlverfahren	787
VIII. Entsprechende Geltung der Vorschriften über die Wahl der Mitarbeitervertretung	787
§ 16 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	787
Stichwortverzeichnis	789
XLIV	